

Sammelrezension: Aktuelle Forschungen zu Mutterschaft und Elternschaft

STEFANIE VISEL

Elternschaft befindet sich im Wandel. Die klassische Kleinfamilie bestehend aus Mutter-Vater-Kind wird um vielfache Formen des Zusammenlebens mit Kindern ergänzt. Damit einhergehend verändern sich auch Werte und Normen bezüglich der Frage, was gute Eltern sind und wie eine Arbeitsteilung innerhalb der Partnerschaft zum Wohle der Familie auszusehen hat. Konstruktionen von Mutterschaft und Elternschaft sowie die Einflüsse staatlicher Politiken auf die Arbeitsteilung und Geschlechterdifferenzierung von Eltern sind Gegenstand von zwei, aus Dissertationen hervorgegangenen, neu erschienenen Monografien. Beide Arbeiten erweitern die Perspektiven auf Mutterschaft, Elternschaft und fürsorgliche Praxis jenseits der öffentlichen Diskussionen um Vereinbarkeit. Ein Sammelband ergänzt zudem das Themenfeld Mutterschaft, Elternschaft und Politik um internationale und vergleichende Perspektiven.

Mutterschaft stellt derzeit im sozialwissenschaftlich orientierten Feminismus im deutschsprachigen Raum ein randständiges Thema dar. Diese Beobachtung ist Ausgangspunkt von *Marie Reuschs* Monografie „Emanzipation undenkbar? Mutterschaft und Feminismus“. Wenn Mutterschaft im feministischen Diskurs behandelt wird, so die Autorin, dann mit einem deutlichen Bias auf ihre herrschaftlichen Funktionen. Die scheinbare Unvereinbarkeit von Emanzipation und Mutterschaft bewertet sie als grundsätzliche Schwäche des feministischen Projekts. Ziel ihrer Arbeit ist es daher, im Spannungsfeld von Herrschaft und Emanzipation auch das Potential von Mutterschaft herauszuarbeiten und damit den Gegenstand zu erweitern.

In einer historischen Rekonstruktion zeichnet Reusch Veränderungen gesellschaftlicher „Bedingungen und Möglichkeiten des Mutterseins“ (68) in (West-)Deutschland von der Nachkriegszeit bis heute nach. In einer präzisen Beschreibung wird anhand der Felder Arbeit und Anforderungsprofil an Mutterschaft herausgearbeitet, wie die Bedingungen und Möglichkeiten von Mutterschaft zwischen Öffnung und Eigensinn einerseits und Einschränkungen andererseits pendeln. Daraus wird ein Analyseraster entwickelt, mit dem die Komplexität des Gegenstandes im Spannungsfeld von Herrschaft und Emanzipation eingeholt werden kann, indem Perspektiven von Subjekt, Struktur, Materialität und symbolischer Ordnung und deren Verflechtungen einbezogen werden. Reusch gelingt es damit, neben der Institution Mutterschaft alltägliche Praxen und Erfahrungen zu integrieren. Letzte eignen sich dazu, die „herrschaftliche Überformung von Mutterschaft“ zu irritieren, „widerspenstige Praktiken und alternative Deutungsmuster“ zu probieren, so die Autorin (145). Reuschs Arbeit bietet damit vielfältige Anknüpfungspunkte und Anregungen, den Zusammenhang von Emanzipation und Mutterschaft nachzuvollziehen und denkbar zu machen, denn

„(d)ie Kritik an der patriarchalen *Institution Mutterschaft* erübrigt nicht ein feministisches Konzept des *Mutterseins*“ (164).

Lisa Yashodhara Haller untersucht in ihrer Monografie „Elternschaft im Kapitalismus: Staatliche Einflussfaktoren auf die Arbeitsteilung junger Eltern“ den Einfluss staatlicher Steuerungsinstrumente auf die partnerschaftliche Arbeitsteilung. Der dabei im Zentrum stehenden Frage, inwiefern sich Paare nach der Familiengründung bei ihren Arrangements der Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit an staatlichen Strukturen orientieren und wie sie diese für sich deuten, nähert sie sich konzeptionell sowie empirisch. Konkret untersucht Haller die staatlichen Steuerungsmechanismen der Familienpolitik und die institutionellen Interventionen der Arbeitsmarktpolitik. Die Zusammenhänge zwischen der Mikroebene der Paarbeziehung und der Makroebene politischer Leistungen und Interventionen werden mit einer Mehr-Ebenen-Politikfeldanalyse in den Blick genommen und zuvor formulierte steuerungspolitische Annahmen mit den Ergebnissen aus den Paarinterviews abgeglichen. In ihren Gesetzesanalysen gelingt es der Autorin, die Ambivalenzen und die Selektivität der jüngsten familienpolitischen Reformen deutlich herauszuarbeiten. Während z.B. für Bedarfsgemeinschaften Leistungen reduziert werden, profitieren vor allem einkommensstarke Familien von Lohnersatzleistungen und Steuerfreibeträgen.

Die qualitative Analyse, wie gerade einkommensschwache Familien die verbleibenden Leistungen deuten, zeigt, dass die befragten Paare *trotz* der verringerten Leistungsansprüche familienpolitische Leistungen bei der Begründung ihrer Arbeitsarrangements gezielt heranziehen, diese nutzen und umdeuten. Dabei wählen alle Paare die komplementäre Arbeitsteilung des männlichen Ernährermodells und begründen dies mit ökonomischen Zwängen. Zugleich verstärken arbeitsmarktpolitische Akteur_innen aus Betrieben und Jobcentern diese Wahl. Erhellend ist auch das Ergebnis, dass die befragten Mütter ihre Erfahrungen mit teilweise offenen Diskriminierungen am Arbeitsmarkt nicht etwa skandalisieren, sondern für sich anders interpretieren. So beschreiben die Interviewten die Freistellung vom Arbeitsmarkt für sich als ein Privileg. Durch diese Ausblendung struktureller Faktoren von Ungleichheit, so Haller, „bleiben die Hauptursachen, die eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen am öffentlichen Leben verhindern, unberücksichtigt“ (232). Ein empfehlenswerter Überblick zu dem Themenfeld Mutterschaft, Elternschaft und Politik gelingt schließlich dem von *Melanee Thomas* und *Amanda Bittner* herausgegebenen Sammelband „*Mothers and Others. The Role of Parenthood in Politics*“. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass Elternschaft als vergeschlechtlichte Kategorie einen Einfluss darauf hat, wie, warum und in welchem Umfang sich vor allem Frauen politisch engagieren. In ihrer Einleitung identifizieren die Herausgeberinnen drei Felder, in denen den Zusammenhängen von Elternschaft, Geschlecht und Politik nachgegangen wird: der Einfluss von Elternschaft auf politische Karrieren; der Einfluss von Elternschaft auf politische Kampagnen und Kommunikationsstrategien von Kandidat_innen und Berufspolitiker_innen; sowie der Einfluss

von Elternschaft auf politische Partizipation und Einstellungen individueller Wähler_innen. Hinsichtlich des Einflusses von Elternschaft auf Berufspolitiker_innen überrascht es kaum, dass sich die Rolle und Wahrnehmung von Elternschaft auf eine politische Karriere zwischen den Geschlechtern stark unterscheidet. Während Vaterschaft für Berufspolitiker als ein positives Merkmal bewertet wird, sehen sich Politikerinnen mit der Frage nach der Versorgung der Kinder vs. der Tauglichkeit für ein politisches Amt neben eben diesen Fürsorgeverpflichtungen konfrontiert. Gleichzeitig wird kinderlosen Politikerinnen mitunter die Fähigkeit abgesprochen, bestimmte Politikfelder zu verstehen. Die Herausgeberinnen nennen dieses Dilemma das „Mommy Problem (...) damned if you do, damned if you don't“ (3).

Barbara Arneil untersucht in ihrem Beitrag praktische Fragen zu der Vereinbarkeit eines politischen Amtes mit dem Muttersein von Kleinkindern. Diese scheitert oftmals an institutionellen Vorgaben, wie z.B. dem Verbot von fremden Personen in Plenarsälen und den mangelnden Möglichkeiten, in diesem formellen Setting ein Kleinkind zu füttern oder zu stillen, da dies parlamentarische Hausordnungen nicht vorsehen. Auch fehlende Mutterschutzregelungen für Berufspolitiker_innen stellen eine solche institutionelle Barriere der Vereinbarkeit von Elternschaft und politischem Amt dar.

Wie Mutterschaft von Politikerinnen medial betrachtet sowie in Wahlkämpfen eingesetzt wird, ist Gegenstand mehrerer Beiträge. *Melissa K. Millers* analysiert die Berichterstattung im Vorfeld der US-Präsidentschaftswahlen 2008, in denen Hillary Clintons und Sarah Palins Wahlkämpfe im Mittelpunkt standen, sowie deren Einflüsse auf Wähler_innen. Interessant ist, dass Clintons Kampagne ihre Mutterschaft wenig thematisierte, während Palin diese offensiv herausstellte. Die negativen wie positiven Reaktionen in Presse und in Umfragen sowie die Anpassung der Kandidatinnen an diese zeigt: „(T)here is no clear agreement on the strategic advantage or disadvantage for women in politics of displaying their parental status“ (173).

Der Band stellt durch seinen Fokus auf „citizen(s) engagements with the political system“ (6) eine bereichernde Ergänzung zu Politikfeldanalysen dar und besticht vor allem durch seine empirische und methodische Vielfalt. Die teils komparativen Beiträge beziehen sich überwiegend auf englischsprachige Länder, vor allem auf die USA und Kanada. Gleichwohl sind die Ergebnisse zur Verortung von Elternschaft in der politischen Sphäre auch für den deutschsprachigen Raum erhellend.

Die Analysen des Sammelbandes zeigen deutlich, dass Elternschaft eher für Mütter als für Väter eine Herausforderung für politische Karrieren darstellt. Folglich konzentrieren sich die Beiträge auf Mütter – wünschenswert wären kontrastive weitere Analysen zur Verhandlung und Rolle von Vaterschaft in der Politik gewesen. Ergänzend wären zudem in Reuschs Studie an einigen Stellen konkrete Illustrationen emanzipatorischer Praktiken der Mutterschaft von Interesse gewesen. Dafür jedoch legt Reusch ein theoretisches Analyseraster vor, auf das weitergehende empirische Forschungen aufbauen können. Hallers Studie wiederum besticht durch empirische und analytische Dichte; lediglich tauchen bedingt durch das komplexe Forschungs-

design der Mehr-Ebenen-Analyse einige Redundanzen auf, die der Relevanz der Arbeit jedoch keinen Abbruch tun.

Marie Reusch, 2018: Emanzipation undenkbar? Mutterschaft und Feminismus. Münster: Westfälisches Dampfboot. 206 S., ISBN 978-3-89691-291-6.

Lisa Yashodhara Haller, 2018: Elternschaft im Kapitalismus: Staatliche Einflussfaktoren auf die Arbeitsteilung junger Eltern. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag. 250 S., ISBN 978-359350-777-4.

Melanee Thomas, Amanda Bittner (Hg.), 2017: Mothers and Others. The Role of Parenthood in Politics. Vancouver: UBC Press. 372 S., ISBN 978-0-7748-3458-2.

Ulrike Schultz, Anja Böning, Ilka Peppmeier, Silke Schröder

De jure und de facto: Professorinnen in der Rechtswissenschaft. Geschlecht und Wissenschaftskarriere im Recht

SABINE BERGHAHN

Ausgangspunkt für das Forschungsprojekt „Jurpro“, dessen Ergebnisse in diesem Buch unter dem Titel „De jure und de facto: Professorinnen in der Rechtswissenschaft. Geschlecht und Wissenschaftskarriere im Recht“ zusammengefasst sind, war die empirische Beobachtung, dass es in Deutschland im Fach Rechtswissenschaft besonders wenige Professorinnen gibt. So betrug der Frauenanteil an den universitären Professuren für Jura 2014 15,8%, der Frauenanteil an Universitätsprofessuren aller Fächer im selben Jahr dagegen immerhin 22,6%.

Die Autorinnen – hauptsächlich an der Fernuniversität Hagen tätig – haben 70 Interviews mit Rechtswissenschaftler*innen und 20 Interviews mit Praktikerinnen und Expertinnen geführt. Die Empirie erschöpft sich jedoch nicht in O-Tönen und Statistik zur Gläsernen Decke im Fach Rechtswissenschaft, sondern geht tiefer in die historische und gegenwärtige qualitative Ursachen- und Wirkungsforschung. Mit dem Buch ist eine einzigartige Zusammenstellung von rechtshistorischen, soziologischen, psychologischen und juristischen Analysen gelungen, die die Fachkultur der Rechtswissenschaft porträtieren und dabei ihre vergeschlechtlichte Struktur aufzeigen.

Jurist*innen erfahren durch ihre spezifische Ausbildung gewöhnlich eine enorme fachliche und persönliche Prägung. Bis zum ersten juristischen Staatsexamen findet die akademische Ausbildung an den Universitäten statt, das zweite juristische Staatsexamen folgt am Ende des Referendardienstes, der in staatlicher Regie durch-